

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten  
Carsten Hütter, Fraktion AfD

Thema: **Überlassung von Hochschul-Räumen an Extremisten**

Nach Auseinandersetzungen rund um die Raumvergabe durch die Universität Leipzig im Rahmen der sog. „Kritischen Einführungswochen“ (KEW) vom 08.10.2018 bis 26.10.2018 an extremistische Gruppierungen erfolgten u. a. Kleine Anfragen und Medienbeiträge. U. a. heißt es in einem Betrag der „Leipziger Internet Zeitung“ vom 23.02.2019 auszugsweise:

„[...] Seit 2014 gibt es neben der offiziellen Einführungswoche zusätzlich die „Kritischen Einführungswochen“ (KEW), organisiert von einem breiten linken Bündnis. Statt Modulen, Prüfungen und Abgabefristen stehen dort Themen wie Rassismus, Kapitalismus, Feminismus, Gentrifizierung und radikale Gesellschaftskritik im Mittelpunkt. [...] Nach Angaben des Bündnisses sollten die Workshops und Vorträge unter anderem Faschismustheorien, Klimagerechtigkeit und überholte Männlichkeitsbilder thematisieren. Ende September 2018 habe die Universität per Mail mitgeteilt, dass die beantragten Räume nicht zur Verfügung gestellt werden, weil die Veranstalter als „extremistisch“ eingestuft würden. Konkret ging es um „Prisma“ und die „Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig“. [...]

Unterstützung erhalten die KEW auch vom Studierendenrat der Universität und von der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften. Beide forderten die Leitung der Hochschule dazu auf, das Engagement der Studierenden zu fördern und nicht zu behindern. Dies sei gerade in diesem Jahr wichtig, da mehrere Wahlen anstehen.

Vor allem die Landtagswahl am 1. September 2019 wird ein Schwerpunkt der kommenden „Kritischen Einführungswochen“ sein. Nicht nur für den Beginn, sondern für das gesamte Sommersemester sind deshalb Veranstaltungen geplant – unter anderem zur „reaktionären Politik von AfD und CDU“ sowie linker Politik in Ostdeutschland. Ein weiteres Thema ist voraussichtlich der Verfassungsschutz.“

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung hinsichtlich der Überlassung von Räumen an - vom Verfassungsschutz eingestufte - linksextremistische Gruppierungen durch die bzw. in der Universität Leipzig im Rahmen der sog. „Kritischen Einführungswochen“ vom 08.10.2018 bis 26.10.2018? (Bitte aufschlüsseln, wann und in welchem Umfang Räume, durch wen, an welche extremistische Gruppierungen überlassen wurden und zu welchen Zwecken dies jeweils geschah)

Dresden, **02.04.2019**



Unterzeichner: Carsten Hütter  
Datum: 02.04.2019

**Carsten Hütter, MdL**

2. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung hinsichtlich der Überlassung von Räumen an - vom Verfassungsschutz eingestufte - extremistische Parteien oder Gruppierungen durch bzw. in sächsische(n) Hochschulen seit 2014? (Bitte aufschlüsseln, welche Hochschulen, wann und in welchem Umfang Räume an welche extremistische Gruppierungen überließen und zu welchen Zwecken dies jeweils geschah)

3. Welche konkreten Maßnahmen/Handlungen hat die Staatsregierung durchgeführt, um die Überlassung von Räumen an - vom Verfassungsschutz eingestufte - extremistische Parteien oder Gruppierungen durch bzw. in sächsische(n) Hochschulen zu verhindern?

4. Sofern keine Maßnahmen/Handlungen im Sinne der Frage 3. bisher ergriffen wurden: Erwägt die Staatsregierung solche in Zukunft, wenn ja, wann und in welchem Umfang, wenn nein, warum nicht?